

Das muss jetzt nach der Europawahl passieren:

Junge Ideen für die Zukunft Europas

Leitantrag für den 52. Bezirkstag der JU Südbaden am 31.08.2024 in Villingen-Schwenningen

Autoren: Sebastian Bayer, Alexandra Sauter, Simon Schmidt, Philipp Kaiser und Roman Jauch

1 **Vorwort**

2 Europa steht vor großen Herausforderungen. Die zunehmende Globalisierung, der technische
3 Wandel und nicht zuletzt geopolitische Krisen verlangen nach einer starken, handlungsfähigen
4 Europäischen Union. Zugleich dürfen wir nicht vergessen, dass die Stärke Europas in seiner
5 Vielfalt liegt – in der Eigenständigkeit und Souveränität seiner Mitgliedstaaten. Ein starkes Europa
6 entsteht nicht durch Zentralisierung, sondern durch die kluge und abgestimmte Zusammenarbeit
7 der Nationalstaaten, die die Besonderheiten und Bedürfnisse ihrer Bürger kennen und vertreten.

8 Bei uns in Südbaden besonders gelebt, bieten die Grenzregionen die Möglichkeit für enge
9 Freundschaft und unmittelbare Zusammenarbeit. Da das Jahr 2024 von der Europawahl am 9.
10 Juni geprägt war, stellt sich die Frage nach politischen Forderungen für die anstehende
11 Legislaturperiode. In diesem Papier werden diesbezüglich fünf Themengebiete behandelt, die aus
12 unserer Sicht zentral für die Zukunft Europas sind.

13 Unser Europa steht für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Damit dies auch so bleibt, müssen wir
14 es weiterhin mitgestalten. Und von Südbaden ausgehend soll dadurch eine Erneuerung der
15 europäischen Idee als Ganzes erreicht werden.

16

17 **Starke Nationalstaaten für ein starkes Europa**

18 Die Europäische Union ist eine beispiellose Errungenschaft, die den Frieden gesichert und den
19 Wohlstand gefördert hat. Doch für eine erfolgreiche Zukunft Europas ist es unerlässlich, die
20 Souveränität der Nationalstaaten zu respektieren und die Prinzipien der Subsidiarität und
21 regionalen Vielfalt zu wahren. Starke Nationalstaaten sind der Schlüssel zu einem starken Europa,

22 da sie die demokratische Legitimation und kulturelle Vielfalt sichern sowie Flexibilität und
23 Anpassungsfähigkeit in Zeiten schnellen Wandels gewährleisten.

24 Eine übermäßige Zentralisierung der EU-Politik führt zu einer Entfremdung der Bürger von den
25 europäischen Institutionen und schwächt die demokratische Legitimation der EU. Die Bürger
26 erwarten, dass ihre nationalen Regierungen ihre Interessen vertreten und ihre spezifischen
27 Bedürfnisse berücksichtigen. Wenn jedoch immer mehr Entscheidungen in Brüssel getroffen
28 werden, schwindet das Vertrauen in die politischen Institutionen, und populistische Bewegungen
29 gewinnen an Boden. Die EU sollte dort regulatorisch eingreifen, wo einheitliche Regelungen
30 sinnvoll sind, wie dem Binnenmarkt und der Sicherheitspolitik, während die Nationalstaaten in
31 Bereichen wie Bildung, Kultur oder öffentliche Daseinsvorsorge die Hauptverantwortung tragen,
32 da diese Bereiche stark von regionalen Gegebenheiten und historischen Kontexten abhängen und
33 daher nicht zentral geregelt werden sollten.

34 Dies gilt ebenso für unsere Wirtschaft. Zwar profitiert diese in vielen Bereichen enorm vom
35 europäischen Binnenmarkt und einheitlichen EU-Standards. Doch in gewissen Bereichen tendiert
36 die EU zur Überbürokratisierung und berücksichtigt dabei die lokalen Bedingungen nicht
37 hinreichend. Gerade unser deutscher Mittelstand sollte durch überbordende Regulierungen in
38 seiner Handlungsfähigkeit und wirtschaftlichen Schlagkraft nicht unnötig eingeschränkt werden.
39 Auch Beispiele aus der Agrarpolitik zeigen, dass eine einheitliche Regelung oft nicht den
40 unterschiedlichen Bedürfnissen der Regionen gerecht wird.

41 Und gerade in einer sich schnell verändernden Welt ist Flexibilität entscheidend. Nationalstaaten
42 sind aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgern und ihres Wissens um lokale Gegebenheiten am besten
43 in der Lage, schnell und effizient auf neue Entwicklungen zu reagieren. Die Corona-Pandemie hat
44 gezeigt, dass nationale Strategien oft effektiver sind als zentralisierte Maßnahmen. Auch in der
45 Energiepolitik und beim Klimaschutz ist es wichtig, dass die Nationalstaaten ihre eigenen
46 Strategien entwickeln können, um den spezifischen Anforderungen gerecht zu werden. Eine zu
47 starke Regulierung durch die EU würde diese Flexibilität einschränken und die
48 Anpassungsfähigkeit Europas insgesamt schwächen.

49 Des Weiteren ist die kulturelle Vielfalt Europas eine seiner größten Stärken. Nationale und
50 regionale Identitäten sind eng mit der Kultur und den Traditionen der Mitgliedstaaten verbunden.
51 Gerade wir in Südbaden wissen um die Erhaltungswürdigkeit unserer lokaler Traditionen und
52 Dialekte.

53 Für die Zukunft Europas ist es entscheidend, die Balance zwischen einer starken EU und starken
54 Nationalstaaten zu wahren. Die EU sollte dort tätig werden, wo sie einen echten Mehrwert
55 schafft, während die Nationalstaaten ihre Souveränität und Handlungsspielräume bewahren
56 müssen. Ein Europa der starken Nationalstaaten ist stärker, anpassungsfähiger und besser in der
57 Lage, die spezifischen Bedürfnisse seiner Bürger zu erfüllen. Nur so kann Europa auch in Zukunft
58 erfolgreich sein und seine Rolle als globaler Akteur behaupten. Denn die kleinste gemeinsame
59 Einheit in der wir uns den großen Herausforderungen unserer Zeit stellen können, ist Europa und
60 wird es auch in Zukunft weiterhin sein. Aber genau dafür braucht es einen Bund starker Staaten.

61

62 **Migration und Sicherheit**

63 Ein starkes Europa muss aus leistungsfähigen Nationalstaaten bestehen und die
64 Rahmenbedingungen schaffen, um Wachstum im Interesse der anderen zu ermöglichen, sowie
65 durch Synergieeffekte den Staatenverbund voranzubringen.

66 Um zu verhindern, dass rechtspopulistische und nationalistische Parteien wie die AfD den
67 europäischen Gedanken von Frieden und Wohlstand durch Zusammenarbeit gefährden, ist die
68 Frage einer geregelten Migration für die Zukunft Europas entscheidend. Daher fordern wir die
69 Aufrechterhaltung der stationären Grenzkontrollen, bis die EU effektiv ihrer Verpflichtung des
70 Außengrenzschatzes nachkommt. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass es sich lediglich um
71 zeitlich begrenzte Maßnahmen handeln darf, um den wesentlichen Kerngedanken eines Europas
72 ohne Grenzen nicht aufzugeben. Weiterhin fordern wir die Abschaffung des EU-rechtlich
73 verankerten Verbindungskriteriums, wonach eine Rückführung eines Asylsuchenden nur in
74 Drittstaaten erfolgen darf, zu denen sie einen Bezug aufweisen, sowie die Aufnahme und
75 Ausweitung von Gesprächen über Flüchtlingsabkommen mit Staaten wie Marokko, Tunesien und
76 Ägypten nach dem Vorbild des Italien-Albanien-Abkommens. Hierdurch sollen Fehlanreize für
77 irreguläre Migration in die EU reduziert werden und alle großen Flüchtlingsrouten nach Europa
78 langfristig kontrolliert und reglementiert werden. Dies darf jedoch nicht bedeuten, dass sich
79 Europa und Deutschland seiner humanitären Verantwortung entzieht, sondern soll der effektiven
80 Bewältigung von Flüchtlingsströmen nach der individuellen Leistungsfähigkeit der Staaten
81 dienen.¹

¹ Zu weiteren erforderlichen Maßnahmen in der Migrationspolitik siehe das Papier „Migration nach Deutschland begrenzen und steuern“ der JU Südbaden vom 27.02.2024.

82 Der Krieg in der Ukraine stellt für Europa eine erhebliche Bedrohungslage dar und erfordert
83 gerade auch in Deutschland ein Umdenken in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Anders
84 als für die Ampelparteien bedeutet Zeitenwende für uns keine buchhalterischen Tricks, um
85 Infrastrukturausgaben als Militärausgaben zu verbuchen, sondern ein konsequentes Bekenntnis
86 zum 2%- Ziel der Nato. Dies liegt in unserem ureigenen Sicherheitsinteresse, um uns nicht zuletzt
87 vor dem Hintergrund einer möglichen neuen Präsidentschaft von Donald Trump
88 verteidigungspolitisch von den USA unabhängiger zu machen und unserem wichtigsten Partner
89 künftig mehr auf Augenhöhe begegnen zu können. Hierfür ist es erforderlich, unsere
90 Verteidigungsfähigkeit und Kriegstüchtigkeit wesentlich zu steigern. Der Schlüssel hierzu liegt
91 zunächst in der Stärkung der Rüstungsindustrie durch mehr Risikokapital sowie in der Schaffung
92 sog. nationaler oder multinationaler Champions (wie z.B. Airbus) mit hoher Spezialisierung, die
93 nicht in innereuropäische Konkurrenz zu anderen Unternehmen treten, um sich so international
94 im Wettbewerb behaupten zu können. In Kombination mit einer europäisch abgestimmten
95 Beschaffungspolitik kann dies zu einer erheblichen Effektivitätssteigerung führen und für alle
96 Nato-Staaten von Vorteil sein.

97 Wer es mit der Zeitenwende und der verteidigungspolitischen Unabhängigkeit ernst meint, muss
98 sich auch unbequeme Fragen stellen. Wir fordern daher das strategische Dialog-Angebot
99 Frankreichs über die Rolle der französischen Atomwaffen in der kollektiven Verteidigung Europas
100 endlich anzunehmen und möglicherweise unter Einbeziehung von Großbritannien sogar noch zu
101 erweitern. An dessen Ende könnte ein französisch-britischer Nuklearschirm für Europa auch unter
102 Teilhabe Deutschlands stehen. Unter Wahrung des Prinzips der Minimalabschreckung könnte dies
103 nicht nur zu einer höheren Verteidigungsfähigkeit Europas führen, sondern im Idealfall auch eine
104 Vorbildfunktion für eine weltweite atomare Abrüstung durch die Verringerung der absoluten
105 Anzahl der Atomsprengköpfe/Nuklearwaffen erfüllen.

106

107 **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

108 Um Europa zukunftsfähig zu gestalten, muss auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit neu
109 ausgerichtet werden. Exemplarisch für grenzüberschreitende Zusammenarbeit steht das
110 deutsch-französische Verhältnis. Dieses hat durch die aktuelle Ampel-Regierung und
111 insbesondere Kanzler Olaf Scholz enorm gelitten. Dabei ist grenzüberschreitende
112 Zusammenarbeit in allen europäischen Bereichen unerlässlich, sei es bei der

113 Kriminalitätsbekämpfung, der Kontrolle und Steuerung von Migration, dem Klimaschutz, Verkehr,
114 Energie, Telekommunikation und grenzüberschreitender Infrastruktur. Die Junge Union Südbaden
115 fordert daher, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu allen EU-Nachbarländern sowie
116 insbesondere das Verhältnis zu Frankreich, gerade auch im Hinblick auf Jugendliche und junge
117 Erwachsene, zukunftsfähig zu gestalten.

118 Hierzu zählt insbesondere der Ausbau transnationaler Verkehrsangebote wie beispielsweise das
119 Ticket *triregio* für das Dreiländereck. Um grenzüberschreitenden Austausch für Jugendliche
120 ermöglichen zu können, soll die Gültigkeit des Deutschlandtickets in Grenzregionen in
121 Kooperation mit den Nachbarstaaten auf deren Grenzgebiet ausgeweitet werden. Auch ein
122 EUCOR-Ticket für Studierende des Universitätsverbundes sollte eingeführt werden. Zu
123 grenzüberschreitendem Austausch gehört zudem eine grenzüberschreitende Infrastruktur. Als
124 Beispiel in Südbaden hierfür ist der Wiederaufbau der Bahnbrücke bei Breisach zur
125 Wiederherstellung des Schienenverkehrs zwischen Freiburg im Breisgau und Colmar zu nennen,
126 welche exemplarisch für viele weitere Infrastrukturprojekte in den Grenzregionen steht. Bis zum
127 zweiten Weltkrieg bestand dort eine Bahnverbindung. Auch eine Anbindung der
128 Hochrheinautobahn A98 an die französische A35 sowie eine Schienenanbindung des Euro-Airport
129 an das deutsche Bahnnetz sind per Machbarkeitsstudie zu prüfen.

130 Aber auch das Erlernen neuer Sprachen trägt immens zu zukünftigem europäischem Austausch
131 bei. Insbesondere der deutschen Sprache mit 100 Millionen Sprechern kommt hierbei eine
132 Schlüsselrolle unter den europäischen Sprachen zu. Die Schließung der Goethe-Institute in
133 Bordeaux, Lille und Strasbourg ist nicht nur ein fatales Signal an die Jugendlichen in Frankreich,
134 sondern auch eine Absage an eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der
135 Sprache. Auf unserer Seite des Rheins muss zugleich das Erlernen der französischen Sprache
136 weiter gestärkt werden, insbesondere durch konsequente Unterstützung der deutsch-
137 französischen Schulen und Kindergärten. Auch die Angebote der binationalen Lehrerausbildung,
138 etwa an der PH Freiburg, müssen weiter gestärkt werden. Und schließlich sind Schüleraustausche
139 zwischen Deutschland und Frankreich weiter zu vereinfachen, etwa indem sich für eine
140 Erleichterung der Genehmigungsverfahren auf französischer Seite eingesetzt wird.

141 Auch auf Ebene der Verwaltung muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch mehr
142 vitalisiert werden. Es sollte ein „Staff Exchange Programm“ mit festen alljährlichen Plätzen vom
143 Land aufgelegt und finanziert werden. Bei der TMO sollte ein „Kompetenzzentrum Kommunale

144 Kooperation“ geschaffen werden, wo lokale Best-Practice-Beispiele gesammelt und als
145 Erfahrungen an andere Kommunen weitergegeben werden können. Und auf nationaler Ebene
146 sollten die Verpflichtungen aus dem Aachener Vertrag ernster genommen werden, beispielsweise
147 indem bürokratische Hindernisse, die auf beiden Seiten der Grenze beklagt werden, durch die
148 beiden Nationalregierungen über Modellregionenklauseln gelöst werden, wie sie im Aachener
149 Vertrag eigentlich vorgesehen sind, aber noch nie angewandt wurden.

150 Die Bundesregierung muss für die Zukunft Europas die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
151 wieder vermehrt in den Fokus nehmen, um für die Jugend von heute die richtigen Akzente für
152 das Europa von morgen setzen zu können.

153

154 **Energie**

155 Um den schnellen Hochlauf einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen, sollte
156 grüner Wasserstoff übergangsweise durch kohlenstoffarme Lösungen ergänzt werden („blauer“
157 Wasserstoff, produziert mit Hilfe von CO₂-Abscheidung und -Speicherung/Carbon Capture and
158 Storage – CCS, oder „türkiser“ Wasserstoff, produziert mit Hilfe der Methanpyrolyse).

159 Wir wollen Wasserstoffimporte in die EU und in den Produktionsländern fördern sowie ein
160 grenzüberschreitendes Wasserstoffnetz in der EU aufbauen.

161 Wir setzen uns mit Nachdruck für eine Stärkung der Energieversorgungssicherheit in der EU ein.
162 Dafür brauchen wir eine nachhaltige europäische Energiepolitik mit einem funktionierenden
163 gemeinsamen Energiemarkt, der auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen beruht und unsere
164 Kaufkraft bündelt. Ziel muss eine Vertiefung der europäischen Energieinfrastruktur sein, die das
165 System flexibler und resilienter macht – für mehr Sicherheit, Unabhängigkeit und Diversität
166 unserer Energieversorgung.

167 Dies trägt gleichzeitig zu konkurrenzfähigen und bezahlbaren Energiepreisen und damit zu
168 Wachstum und Beschäftigung bei – für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort Europa
169 2050. Entsprechende Investitionen in grenzüberschreitende Energieinfrastruktur sind deshalb
170 das Gebot der Stunde. Parallel gilt es, die Angebotsseite bei der Energieerzeugung auszuweiten
171 und Genehmigungsverfahren substanziell zu beschleunigen.

172 Wir setzen auf Partnerschaften bei Flüssigerdgas (LNG), Wasserstoff und Energiespeichern, sowie
173 auf grenzüberschreitende Netze. Eine transeuropäische Infrastruktur ist insbesondere auch für
174 innovative Technologien für eine intelligente Vermeidung von CO₂-Ausstoß wichtig.

175 Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen für CO₂-Abscheidung und -Speicherung in
176 Deutschland und Europa schaffen sowie ein europaweites CO₂-Transportnetz aufbauen. Das ist
177 für den Umgang mit Restemissionen (z.B. aus Industrieprozessen) unabdingbar, um die
178 Klimaneutralität in der EU im Jahr 2050 sowie den Einstieg in eine CO₂-Kreislaufwirtschaft zu
179 erreichen.

180 Darüber hinaus setzen wir uns für Forschung und Entwicklung sowie für erste ambitionierte
181 Pilotprojekte im Bereich negativer Emissionstechnologien ein. Dies betrifft besonders die direkte
182 Kohlenstoffabscheidung aus der Luft und anschließende Speicherung (Direct Air Carbon Capture
183 and Storage – DACCS), aber auch weitere Technologien.

184 Der Energiebezug in der Europäischen Union, genauer gesagt in den 27 Mitgliedstaaten, stellt
185 einen Flickenteppich dar. Dieser Flickenteppich aus teils diametral entgegenstehenden
186 Energiepolitiken erklärt sich durch Art. 194 II AEUV: Zwar begründet dieser die Kompetenz der
187 Europäischen Union, Harmonisierungsmaßnahmen für eine gemeinsame Energiepolitik zu
188 erlassen, jedoch hebt Art. 194 II 3 AEUV diese Kompetenz weitgehend aus. Darin heißt es:
189 „Diese Maßnahmen berühren unbeschadet des Artikels 192 Absatz 2 Buchstabe c nicht das Recht
190 eines Mitgliedstaats, die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine Wahl
191 zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung zu
192 bestimmen.“ Die Kompetenz, zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen, verbleibt also
193 bei den Mitgliedstaaten. So groß der Wille der Europäischen Union für eine gemeinsame
194 Energiepolitik auch ist – die Kompetenz zum Erlass von Harmonisierungsmaßnahmen wird durch
195 Art. 194 II 3 AEUV im Prinzip zunichte gemacht, mit dem Ergebnis, dass jeder Mitgliedstaat nach
196 freiem Belieben seinen eigenen Energiemix bestimmt.

197 Während es wichtig ist, auf die jeweiligen Ressourcen und Stärken eines Landes zu setzen, ist es
198 ebenso essenziell, technologieoffen zu sein. Oftmals führen festgefahrene Denkmuster,
199 Ideologien und eine einseitige Konzentration auf eine bestimmte Technologie zu
200 Herausforderungen, sei es in Bezug auf Versorgungssicherheit, Umweltauswirkungen oder
201 wirtschaftliche Aspekte. Die Technologieoffenheit ermöglicht es Ländern, von den Erfahrungen
202 anderer zu lernen, Synergien zu schaffen und auf vielfältige Lösungen zurückzugreifen. Sie erlaubt

203 auch eine flexiblere Anpassung an sich ändernde Bedingungen und technologische
204 Entwicklungen. Ein ausgewogener Energiemix, der verschiedene erneuerbare und fortschrittliche
205 Technologien einschließt, wird der beste Weg sein, um den zukünftigen Energie- und
206 Umweltaforderungen gerecht zu werden. Dass jeder der 27 EU-Mitgliedsstaaten eine eigene
207 Energiepolitik verfolgt, steht in der Theorie dem Erreichen der Klimaziele nicht entgegen,
208 schließlich sollte es keine Rolle spielen, auf welche Energiequellen die Mitgliedsstaaten im
209 Einzelnen setzen, solange sie am Ende ihre Emissionsziele einhalten. Die Praxis sieht jedoch
210 anders aus. Zum einen geht die Transformation in einigen Mitgliedsstaaten schlicht nicht schnell
211 genug voran. Und zum anderen werden durch die mangelnde Gesetzgebungskompetenz der EU
212 sowohl Synergieeffekte, Vernetzung als auch Effizienzsteigerung verhindert.

213 Wir fordern, dass sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine europäische Klimakompetenz
214 einsetzt. Konkret bedeutet dies eine Streichung des Art. 194 II 3 AEUV.

215 Wir fordern ein Durchsetzen des EU-weiten Kohleausstiegs bis 2030 und einen gemeinsamen, EU-
216 weiten Plan für den Ausstieg aus der Atomkraft. Die Nutzung dieser sollte lediglich als
217 Brückentechnologie gesehen, es sollte ausschließlich die Forschung an Kernenergie der nächsten
218 Generation, aber nicht mehr die Nutzung der Technologie selbst weiter durch die EU gefördert
219 werden.

220 Gleichzeitig muss sich dafür eingesetzt werden, dass Technologieoffenheit in der EU besteht, die
221 es ermöglicht, eine breite Palette von Energiequellen und -technologien zu erforschen und zu
222 nutzen. Wir unterstützen die Förderung von erneuerbaren Energien wie Solar, Wind, Geothermie
223 und Wasserkraft, aber auch für fortschrittliche Technologien wie Kernenergie der nächsten
224 Generation sowie saubere Nutzung fossiler Brennstoffe durch fortschrittliche Abfang- und
225 Speichertechnologien.²

226 Das deutsche Stromnetz muss intelligenter und flexibler werden. Hierfür ist ein schnellerer
227 Rollout von Smart Metern unerlässlich. Die gesetzliche Pflicht, bis 2032 ausschließlich Smart
228 Meter in Deutschland zu nutzen, ist deutlich zu weit in der Zukunft. Wir fordern daher einen
229 flächendeckenden Ausbau von Smart Metern bis 2028.

² Siehe auch das Positionspapier „Energie, Klima, Technik und Infrastruktur“ der JU Südbaden vom 27.02.2024.

230 Die von der EU überprüfte und möglicherweise angestrebte Aufteilung Deutschlands in mehrere
231 Strompreiszonen mit dem Ziel, Netzschwankungen besser auszugleichen und somit die Preise für
232 Verbraucherinnen und Verbraucher zu reduzieren, stößt in den wirtschaftsstarken Bundesländern
233 auf erhebliche Kritik. Darüber hinaus ist diese Maßnahme nachweislich wenig effektiv. Durch die
234 Berechnung des Strompreises an einzelnen Knoten anstatt in einzelnen Zonen können deutlich
235 größere Effekte erzielt werden. Dieses System wird weltweit in vielen Ländern wie beispielsweise
236 den USA praktiziert. So gibt es etwa in Texas rund 4.000 Knotenpunkte. Durch die
237 Strompreisberechnung an Netzknoten variieren die Preise sehr viel genauer, was eine
238 intelligentere Nutzung von Strom nach sich zieht und damit das Stromnetz entlastet. Darüber
239 hinaus ist ein Ausbau des Stromnetzes unabdingbar. Wir fordern daher die Umsetzung der
240 Strompreisberechnung an Knotenpunkten sowie einen schnelleren Ausbau der regionalen sowie
241 überregionalen Stromnetze.

242

243 **Bürokratieabbau**

244 Bürokratie dient in der Regel dazu, rechtsstaatliche Prinzipien zu wahren und die Umsetzung von
245 Gesetzen und Vorschriften zu gewährleisten. Doch wenn Bürokratie überhandnimmt, wird sie zu
246 einer Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt.
247 Insbesondere in der Europäischen Union sehen wir zunehmend, wie überbordende Bürokratie
248 Unternehmen und Bürger gleichermaßen belastet. Mehr als die Hälfte der Bürokratiekosten in
249 Deutschland ist mittlerweile auf EU-Regelungen zurückzuführen. Dies stellt eine erhebliche
250 Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft dar. In einer Zeit, in der
251 europäische Unternehmen mit einer immer stärker werdenden globalen Konkurrenz,
252 geopolitischen Krisen sowie hohen Kosten für Arbeit und Energie konfrontiert sind, ist der Abbau
253 unnötiger bürokratischer Hürden von entscheidender Bedeutung.

254 Der europäische Binnenmarkt, das Herzstück des europäischen Wirtschaftsmotors, hat durch die
255 Verwirklichung der vier Freiheiten (freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und
256 Kapital) erheblich zur Schaffung von Wohlstand in Europa beigetragen. Doch gerade im Bereich
257 der Dienstleistungsfreiheit zeigt sich ein zentrales Problem der europäischen Bürokratie: Die
258 Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie, die gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen und die
259 Rechte entsandter Arbeitnehmer schützen soll, führt in der Praxis zu erheblichen bürokratischen
260 Hürden.

261 Zum Beispiel muss für jeden entsandten Mitarbeiter eine A1-Bescheinigung ausgestellt werden,
262 die zahlreiche Details wie die vollständigen Adressen aller Kunden und Lieferanten enthält. Dieser
263 Prozess ist zeitaufwendig und muss für jede Dienstreise neu durchgeführt werden. Zudem sind
264 zusätzliche länderspezifische Meldungen erforderlich, die oft nur in der jeweiligen Landessprache
265 verfügbar sind. Diese Bürokratie stellt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
266 eine große Herausforderung dar und behindert ihre Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit. Eine
267 mögliche Lösung wäre die Einführung einheitlicher, digitaler Meldeportale, die auf Englisch
268 verfügbar sind und eine rein digitale A1-Bescheinigung ermöglichen. Darüber hinaus könnte die
269 Gültigkeit dieser Bescheinigungen für wiederholte oder kurzfristige Dienstreisen verlängert
270 werden, um den bürokratischen Aufwand zu reduzieren.

271 Ein weiteres Beispiel für die zunehmende Bürokratisierung ist die
272 Nachhaltigkeitsberichterstattung und das EU-Lieferkettengesetz. Diese Regelungen, die an sich
273 gut gemeinte Ziele verfolgen, führen in ihrer aktuellen Form zu einer erheblichen Belastung
274 insbesondere für den Mittelstand. Die ESG-Berichterstattung (Environmental, Social,
275 Governance) kostet einen mittelständischen Betrieb Schätzungen zufolge einen sechsstelligen
276 Betrag pro Jahr und stellt damit eine außerverhältnismäßige Belastung dar. Das EU-
277 Lieferkettengesetz überlappt sich zudem in vielen Bereichen mit der bestehenden
278 Nachhaltigkeitsberichterstattung, was zu unnötigen Dopplungen und zusätzlichem
279 bürokratischen Aufwand führt.

280 Um diesen Herausforderungen zu begegnen, fordern wir, dass bereits bestehende
281 Zertifizierungen und Audits, wie etwa Umwelt- oder Energieaudits nach DIN-Norm, in die ESG-
282 Berichterstattung einfließen und anrechenbar gemacht werden. Darüber hinaus sollte die
283 Lieferketten-Richtlinie so angepasst werden, dass unnötige Überschneidungen vermieden
284 werden und ein effizienteres, praxisorientiertes Berichtsverfahren etabliert wird.

285 Die Europäische Union und die Europäische Kommission haben das Problem der Bürokratisierung
286 erkannt und in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen, um dem
287 entgegenzuwirken. Dazu gehören Gesetzesfolgenabschätzungen, ex-post Evaluierungen und
288 Beteiligungsplattformen, die eine faktengestützte und transparente europäische Rechtsetzung
289 gewährleisten sollen. Auch das Prinzip "One-in-one-out", bei dem neuer bürokratischer Aufwand
290 durch den Abbau bestehender Vorschriften ausgeglichen werden soll, ist Teil dieser Bemühungen.

291 Doch trotz dieser Ansätze sind die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend, um die gesetzten
292 Ziele zu erreichen. Zumal beim "One-in-one-out"-Verfahren oftmals alte Regelung einfach in die
293 neue Regelung mitintegriert werden. Sie verschwindet also nicht, sondern wird vielmehr
294 erweitert. Die Kommission hat in ihrer jetzigen Legislaturperiode zahlreiche neue Gesetze
295 erlassen, die die Unternehmen zusätzlich belasten. Daher ist es notwendig, den Bürokratieabbau
296 konsequenter voranzutreiben. Wir fordern eine Weiterentwicklung des "One-in-one-out"-
297 Prinzips hin zu einem "One-in-two-out", um spürbare Entlastungen zu erreichen. Darüber hinaus
298 sollten überholte Rechtsakte überprüft und gegebenenfalls zurückgenommen werden. Eine
299 "Verfallsklausel" könnte eingeführt werden, um sicherzustellen, dass Rechtsvorschriften
300 regelmäßig auf ihre Aktualität hin überprüft und gegebenenfalls aufgehoben werden.

301 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft, sie
302 machen 99 % aller Unternehmen in der EU aus und stellen zwei von drei Arbeitsplätzen. Gerade
303 diese Unternehmen sind besonders stark von bürokratischen Vorgaben belastet, weshalb hier
304 dringender Handlungsbedarf besteht. Wir schlagen vor, eine neue Kategorie von Unternehmen,
305 sogenannte "Small Mid Caps" (Unternehmen mit 250-500 Mitarbeitern), zu schaffen, die von
306 spezifischen Entlastungsmaßnahmen profitieren könnten.

307 Zudem fordern wir die Schaffung eines einheitlichen, digitalen Berichts-Tools, das zahlreiche
308 Einzelberichte ersetzt und so den bürokratischen Aufwand erheblich reduziert. Bereits
309 durchgeführte externe Audits sollten anerkannt und anrechenbar gemacht werden. Darüber
310 hinaus sollten Unternehmer mehr Verantwortung übernehmen können, indem sie durch eine
311 einfache Unterschrift bestätigen, dass sie den gesetzlichen Pflichten nachgekommen sind, ohne
312 dass ein detaillierter Bericht erforderlich ist. Ein EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check und ein KMU-
313 Test für jede neue Gesetzesinitiative könnten sicherstellen, dass neue Vorschriften keine
314 zusätzlichen Belastungen für KMU schaffen.

315 Auch in der öffentlichen Verwaltung ist ein umfassender Bürokratieabbau notwendig. Dazu
316 gehört insbesondere eine Überprüfung und Vereinfachung des Vergaberechts sowie eine
317 Anpassung der Schwellenwerte, ab denen eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist. Diese
318 Werte wurden seit Jahren nicht an die Inflation angepasst und sollten dringend reformiert
319 werden. Außerdem sollte die Digitalisierung in der Verwaltung von Anfang an stärker gefördert
320 werden, um Prozesse zu beschleunigen und effizienter zu gestalten.

321 Der Bürokratieabbau in der Europäischen Union ist kein Selbstzweck, sondern eine
322 Notwendigkeit, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu sichern und den
323 Wohlstand der Bürger zu erhalten. Durch die Reduzierung unnötiger bürokratischer Hürden und
324 die Vereinfachung von Prozessen kann Europa flexibler, effizienter und innovativer werden. Die
325 EU muss sich darauf konzentrieren, Regelungen zu schaffen, die den Unternehmen nützen, statt
326 sie zu behindern. Nur so kann Europa auch in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen und
327 seine Position als starker und dynamischer Wirtschaftsraum behaupten.